



## Geschäftsführung Ausschuss Schule und Weiterbildung

Herr Bernecker

Telefon: (0221) 221-29251

Fax: (0221) 221-29241

E-Mail: hans-michael.bernecker@stadt-koeln.de

Datum: 26.06.2013

### Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 11.06.2012, 17:00 Uhr bis 20:00 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

### Anwesend waren:

#### Vorsitzende

Frau Yvonne Gebauer	FDP	Vorsitzende ab 18;40 Uhr bis 20;00 Uhr
Frau Gisela Manderla	CDU	Vorsitzende von 17;00 Uhr bis 18;40 Uhr

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Ralf Heinen	SPD
Frau Dagmar Paffen	SPD
Herr Franz Philippi	SPD
Frau Anne Hauser	CDU
Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU
Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU
Frau Kirsten Jahn	GRÜNE
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Herr Horst Thelen	GRÜNE
Herr Martin Schöppe	pro Köln

#### Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Frau Sengül Senol	DIE LINKE
-------------------	-----------

#### Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Hildegard Fuhrmann	auf Vorschlag der SPD
Herr Rolf Büschgens	auf Vorschlag der CDU
Frau Angelika Riedel	auf Vorschlag der CDU
Herr Dr. Klaus Zimmermann	auf Vorschlag der CDU

Frau Bärbel Hölzing auf Vorschlag der Grünen

### **Für die Bezirksschülervertretung**

Frau Anna Gazel Ugurlu

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Frau Katrin Gutknecht auf Vorschlag der FDP

Frau Claudia Klein auf Vorschlag der FDP

Herr Oswald Pannes auf Vorschlag der Linken

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Frau Stephanie Stangier auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

### **Für die Katholische Kirche**

Herr Michael Bold

### **Für die Evangelische Kirche**

Frau Beate Habets

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Frau Ebru Coban auf Vorschlag des Integrationsrates

### **Für die Bezirksschülervertretung**

Herr Lukas Lorenz

### **Verwaltung**

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

### **Presse**

### **Zuschauer**

### **Entschuldigt fehlen:**

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Gonca Mucuk SPD

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Marie-Luise Quilling auf Vorschlag der SPD

Herr Daniel Dahm auf Vorschlag der Grünen

Herr Jörg Uckermann auf Vorschlag von pro Köln

## **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Frau Annette Kellinghaus-Klingberg

auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

### **Für die Katholische Kirche**

Frau Christiane Mauritz

### **Für die Evangelische Kirche**

Frau Utta Brauweiler-Fuhr

## **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Herr Fevzi Bayrak

auf Vorschlag des Integrationsrates

### **Zur Tagesordnung**

Neu auf der Tagesordnung sind

-die Beantwortungen unter TOP 3.1.1 bis 3.2.7 (davon die Beantwortung zu TOP 3.2.6 als **Tischvorlage**),

-die Vorlagen unter TOP 5.3 bis 5.9 (TOP 5.8 und 5.9 als **Tischvorlage**),

-die Mitteilungen unter TOP 6.3.3 bis 6.4 (davon die TOPs 6.3.7 bis 6.4 als **Tischvorlage**).

Die Fraktion der Freien Wähler Köln hat einen Antrag (AN/0733/2012 zum Konzept bei vorübergehender Schließung von Sportstätten) gestellt, der unter TOP 4.1 behandelt wird.

Auf Grund des sachlichen Zusammenhangs empfiehlt es sich, an dieser Stelle auch die Beantwortung der unter TOP 3.2.7 gelisteten Anfrage zur Kenntnis zu nehmen.

Die FDP-Fraktion hat als **Tischvorlage** einen Dringlichkeitsantrag (AN/0894/2012 Durchführungskonzept und Zeitplanung der Elternbefragung 2012 zur Schulwahl) gestellt, der unter TOP 4.2 aufzunehmen ist und im Anschluss an den vorgenannten Antrag besprochen werden soll.

Es wird darauf hingewiesen, dass am Dienstag, dem 19.Juni ab 17 Uhr im Ratssaal (Spanischer Bau des Rathauses) eine **gemeinsame Sondersitzung** zur Vorstellung des Inklusionsplans zusammen mit dem Jugendhilfeausschuss zum Thema stattfindet.

Die nächste **reguläre** Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung findet nach den Sommerferien am Montag, dem 03.September ab 16 Uhr im Konrad-Adenauer-Saal, Raum-Nr. 1.18 statt.

Frau Manderla gratuliert Frau Gebauer, FDP-Fraktion, zu ihrem Sitz im Landtag und teilt mit, dass sie als sachkundige Bürgerin weiter am Schulausschuss teilnehmen wird.

Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, fragt, warum die Antwort auf die Anfrage zur Kupfergasse nicht auf der Tagesordnung steht und bittet, diese an das Protokoll zur Sitzung anzuhängen.

Dieses wird von der Verwaltung zugesagt.

Außerdem bittet Herr Schlieben um Aufklärung, ob zu der Vorlage über die Sekundarschule Rochusstr. unter TOP 5.6 bereits ein Beschluss gefasst werden soll, oder ob in der aktuellen Sitzung lediglich vorberaten werden soll und ein Beschluss erst in einer späteren Sitzung gefasst werden muss.

Frau Dr. Klein erklärt, dass die Vorlage 0921/2012 in der aktuellen Sitzung nur zur Beratung vorgesehen ist. Ein Beschluss soll erst in der Sitzung nach den Sommerferien gefasst werden.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, beantragt, die Mitteilung 6.3.3 im Zusammenhang mit dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion unter TOP 4.2 zur Kenntnis zu nehmen.

Außerdem beantragt er, den TOP 13.3 im öffentlichen Teil als TOP 5.10 zu behandeln. Beides wird so beschlossen.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, stellt für die Fraktionen der SPD, der CDU, von Bündnis 90/Die Grünen und der FDP mündlich einen gemeinsamen Dringlichkeitsantrag als TOP 4.3 mit dem Betreff „Schulsozialarbeit am Stadtgymnasium Porz“. Es handelt sich um einen Prüfauftrag an die Verwaltung. Das Porzer Gymnasium hatte abgelehnt, eine halbe Sozialarbeiterstelle anzunehmen. Inzwischen hat sich aber herausgestellt, dass die Schulkonferenz die halbe Schulsozialarbeiterstelle nun doch für sinnvoll hält. Die genannten Fraktionen bitten in dem Dringlichkeitsantrag die Verwaltung um Prüfung, ob es noch möglich ist, die halbe Schulsozialarbeiterstelle am Stadtgymnasium Porz zu besetzen. Die Dringlichkeit des Antrages ist dadurch gegeben, dass dieses erst kürzlich in der Schule so verhandelt wurde.

Darüber hinaus weist er im Hinblick auf die umfangreichen Tischvorlagen unter TOP 5.8 und 5.9 und die erst kürzlich vorgelegten Vorlagen 5.6 und 5.7 darauf hin, dass wirklich nur in besonders dringlichen Fällen verfristete Vorlagen und Tischvorlagen vorgelegt werden sollen.

Frau Dr. Klein entschuldigt die verspätete Vorlage mehrerer Beschlussvorlagen damit, dass es oft schwierige Entscheidungsprozesse innerhalb der Verwaltung gibt und dass sie nicht immer die Möglichkeit besitzt, eine rechtzeitige Vorlage zu steuern. Man sei aber stetig bemüht, Tischvorlagen zu vermeiden. Sie weist auf die besondere Dringlichkeit der Tischvorlagen hin, weil die nächste reguläre Sitzung des Schulausschusses erst im September liegt: Für die zweizügige Grundschule Mommsenstr. muss noch ein Bestimmungsverfahren mit der Bezirksregierung durchgeführt werden und nach den Ferien könnte die Anmeldung durch die Schule nicht mehr rechtzeitig durchgeführt werden. Bei der Schule Auf dem Sandberg haben bereits zahlreiche Eltern eine Entscheidung in der Sache angemahnt. Das Schuldezernat hat sich seit Wochen bemüht, die beiden Tischvorlagen noch rechtzeitig vorzulegen.

Frau Manderla schlägt vor, die Tischvorlagen vorzubereiten und in einer Sondersitzung im Anschluss an die gemeinsame Sondersitzung mit dem Jugendhilfeausschuss am 19.06. zu beschließen.

Diesem Vorschlag schließen sich auch die Mitglieder der anderen Fraktionen an.

Die Tagesordnung wird in der besprochenen Form beschlossen.

## Tagesordnung

### I. Öffentlicher Teil

#### 1 Niederschriften

- 1.1 Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 30.04.2012, 15:45 Uhr bis 19:15 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18 - öffentlicher Teil

#### 2 Gleichstellungsrelevante Themen

#### 3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

##### 3.1 Frühere Anfragen

- 3.1.1 Mensa für das Hölderlingymnasium  
mündliche Anfrage aus der Sitzung am 30.04.2012, TOP 3.1.1  
2053/2012

##### 3.2 Neue Anfragen

- 3.2.1 Beantwortung von Anfragen aus der Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung vom 30.04.2012 zu Top 6.3.10 "Kölner Bildungsbericht - Bildungsmonitoring Köln 2012. Von frühkindlicher Bildung bis Weiterbildung" (1490/2012)  
2152/2012

- 3.2.2 Maßnahmen der Schulentwicklungsplanung  
AN/0797/2012

Maßnahmen der Schulentwicklungsplanung; Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates der Fraktion Die Linke, AN/0797/2012  
2243/2012

- 3.2.3 oGS-Programm des Museumsdienstes Köln  
2133/2012

- 3.2.4 Zahlen und Prognose bzgl. der Rheinischen Musikschule  
AN/0849/2012

- 3.2.5 Mündliche Anfrage von Herrn Dr. Zimmermann zur effektiven Verwaltungsarbeit in den Schulen  
2161/2012

- 3.2.6 Ausreichend OGS-Plätze vorhanden?  
AN/0854/2012

CDU-Anfrage "Ausreichend OGTS-Plätze vorhanden?"  
2259/2012

#### **4 Anträge gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

- 4.1 Konzept bei vorübergehender Schließung von Sportstätten  
AN/0733/2012

- 4.2 Durchführungskonzept und Zeitplanung der Elternbefragung 2012 zur Schulwahl  
AN/0894/2012

- 4.3 Schulsozialarbeiter für das Gymnasium

#### **5 Vorlagen der Verwaltung**

- 5.1 Einrichtung des Erweiterungsbaus des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums, Severinstraße 241, 50676 Köln  
0630/2012

- 5.2 Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zur "Offenen Schule Köln"  
0874/2012

- 5.3 Überplanmäßiger zahlungswirksamer Mehraufwand im Teilergebnisplan 0415, Rheinische Musikschule, Hj. 2011  
1778/2012

- 5.4 Internetstadt Köln  
0687/2012

- 5.5 Umwandlung von drei städtischen Katholischen Grundschulen in Gemeinschaftsgrundschulen  
2075/2012

- 5.6 Errichtung einer dreizügigen Sekundarschule Rochusstraße in Köln-Bickendorf zum Schuljahr 2013/14  
0921/2012

- 5.7 Neubau einer Ganztageserweiterung für die Realschule Neusser Straße 421, 50737 Köln-Nippes  
Baubeschluss  
5272/2011

- 5.8 Errichtung einer zweizügigen Grundschule zum Schuljahr 2013/14 am Standort Mommsenstraße 5-11 in 50935 Köln-Sülz  
1465/2012
- 5.9 Barrierefreier Ersatz von Fertigbaueinheiten am Schulstandort " Auf dem Sandberg 120, 51105 Köln-Poll"  
1254/2012
- 5.10 Beteiligung der Bezirksvertretungen in Schulangelegenheiten (§ 61 SchulG NW)  
4687/2011
- 6 Beantwortung mündlicher Anfragen; Mitteilungen**
- 6.1 Beantwortung mündlicher Anfragen
- 6.2 Mitteilungen der Vorsitzenden
- 6.3 Mitteilung der Verwaltung
- 6.3.1 Vorschlag zur Erstellung eines Handlungsprogramms KALK NORD 2012 +  
1372/2012
- 6.3.2 Berufsschulpreis 2012  
1949/2012
- 6.3.3 Durchführungskonzept und Zeitplanung der Elternbefragung 2012 zur Schulwahl  
2143/2012
- 6.3.4 Umzug der Gesamtschule Nippes in die Paul-Humburg-Straße  
2213/2012
- 6.3.5 Kölner Bündnis für eine gewaltfreie Erziehung - Informations- und Diskussionsveranstaltungen in Kooperation mit dem Studio DuMont  
2122/2012
- 6.3.6 Schulabgängerbefragung 2012-Kurzfassung und Gesamtauswertung  
2200/2012
- 6.3.7 Kooperation mit dem Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz (MKULNV)  
Jugendprojekt zur Wertschätzung von Lebensmitteln 'Schad dröm'  
2183/2012
- 6.4 Sachstandsbericht über den Fortschritt der Schulbaumaßnahmen - Sanierung und Neubau  
2217/2012

**7      Anfragen**

**8      Verschiedenes**

## **I. Öffentlicher Teil**

### **1 Niederschriften**

#### **1.1 Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 30.04.2012, 15:45 Uhr bis 19:15 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18 - öffentlicher Teil**

Frau Gebauer, FDP-Fraktion, weist darauf hin, dass die Verwaltung irrtümlich die Niederschrift zur vorletzten Sitzung vom 12.03.2012 nochmals umgedruckt hat. Die Niederschrift zur Sitzung vom 30.04.2012 wird kurzfristig nachgereicht.

### **2 Gleichstellungsrelevante Themen**

### **3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

#### **3.1 Frühere Anfragen**

##### **3.1.1 Mensa für das Hölderlingymnasium mündliche Anfrage aus der Sitzung am 30.04.2012, TOP 3.1.1 2053/2012**

Die Beantwortung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Herr Pannes, sachkundiger Einwohner, nimmt zu einer Beantwortung der Verwaltung auf eine frühere Anfrage der Fraktion Die Linke Stellung: Gefragt wurde, ob die Verwaltung die von der Initiative „Köln kann auch anders“ aufgezeigten Missstände an offenen Ganztagschulen zur Kenntnis genommen hat und wie sie damit umgehen will. In der Antwort der Verwaltung wurde nicht erklärt, dass die Missstände zur Kenntnis genommen wurden, was ihn vermuten lässt, dass diese tabuisiert werden. Es sei nicht die Absicht gewesen, die Verwaltung mit der Anfrage zu kritisieren, da viele Gründe auf der Ebene der Landesregierung liegen. Er erwartet aber einen offenen Umgang der Verwaltung und der Politik mit den aufgezeigten Problemen des offenen Ganztages, um auch auf der Landesebene grundlegende Änderungen zu erreichen.

#### **3.2 Neue Anfragen**

##### **3.2.1 Beantwortung von Anfragen aus der Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung vom 30.04.2012 zu Top 6.3.10 "Kölner Bildungsbericht - Bildungsmonitoring Köln 2012. Von frühkindlicher Bildung bis Weiterbildung" (1490/2012) 2152/2012**

Die Beantwortung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Sie wird zur Kenntnis genommen.

### **3.2.2 Maßnahmen der Schulentwicklungsplanung AN/0797/2012**

#### **Maßnahmen der Schulentwicklungsplanung; Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates der Fraktion Die Linke, AN/0797/2012 2243/2012**

Die Anfrage und ihre Beantwortung wurden vorab zur Verfügung gestellt.

Herr Pannes, sachkundiger Einwohner, bedankt sich für die ausführliche und informative Beantwortung der Anfrage und fragt konkret nach zum Sachstand Bayenthal – Dom-Brauerei-Brache: Gibt es dort neue Ergebnisse im Hinblick auf die Entscheidung Justizzentrum oder Gesamtschule?

Frau Dr. Klein stellt fest, dass es in dieser Sache keinen neuen Sachstand gibt.

Frau Gebauer, FDP-Fraktion, ist in der Vorlage für die Bezirksvertretungen aufgefallen, dass diese gar nicht mehr im Ausschuss für Schule und Weiterbildung vorgelegt wird.

Frau Dr. Klein stellt klar, dass das Verfahren eine Mitteilung in der letzten Sitzung vorsah, dass zur Zeit Gespräche mit diversen Schulen geführt werden und die Vorschläge der Bezirksvertretungen eingeholt werden und im Anschluss Zusammenfassungen der unterschiedlichen Positionen in Einzelvorschlägen dem Schulausschuss zur Entscheidung vorgelegt werden.

### **3.2.3 oGS-Programm des Museumsdienstes Köln 2133/2012**

Die Beantwortung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Sie wird zur Kenntnis genommen.

### **3.2.4 Zahlen und Prognose bzgl. der Rheinischen Musikschule AN/0849/2012**

Die Anfrage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

### **3.2.5 Mündliche Anfrage von Herrn Dr. Zimmermann zur effektiven Verwaltungsarbeit in den Schulen 2161/2012**

Die Beantwortung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Frau Riedel, sachkundige Einwohnerin, bittet um Erklärung der Urlaubsregelung der Sekretärinnen: Sind die Sekretärinnen während des Schulbetriebes zu Mehrarbeit verpflichtet, damit sie in den Ferien dienstfreie Tage haben? Bedeutet das, dass die

Schulen die Sekretärinnen über die Arbeitszeit hinaus mehr beschäftigen können, damit die dienstfreien Tage durch die Mehrarbeit kompensiert werden?

Frau Heuer erklärt, dass die Arbeitszeit der Sekretärinnen so bemessen ist, dass die dienstfreien Tage in den Ferien **durch die Arbeitszeit** in der Schulzeit bereits kompensiert werden.

Frau Riedel möchte auch wissen, wann die in der Dialogkonferenz angekündigten neuen Aufgabenbeschreibungen für die Sekretärinnen und Hausmeister vorgelegt werden und ob diese zu anderen Arbeitszeiten oder Personalbemessungen führen.

Schließlich fragt sie an, wie der Schulbetrieb bei Langzeitarbeitsausfällen, z.B. bei Krankheit, sichergestellt wird.

Frau Heuer antwortet, dass das Arbeitszeitprofil der Hausmeister bereits vorgelegt und in TiPs eingestellt wurde. Offene Fragen werden mit den Hausmeistern und dem Personalrat noch geklärt. Eine entsprechende Regelung für die Schulsekretärinnen steht vor der Fertigstellung, muss aber noch im Hinblick auf die Personalbemessung überprüft und genehmigt werden. Die Ansicht der Schulverwaltung, dass in diesem Zusammenhang zusätzliche Stunden erforderlich sind, wird derzeit vom Personalamt geprüft. Die Vertretung in den Ferien müssen die Bürgerämter regeln. Diese haben (begrenzte) Kontingente, welche eine Vertretungsregelung ermöglichen.

### **3.2.6 Ausreichend OGS-Plätze vorhanden? AN/0854/2012**

#### **CDU-Anfrage "Ausreichend OGTS-Plätze vorhanden?" 2259/2012**

Die Beantwortung der Anfrage wurde als Tischvorlage zur Verfügung gestellt.

Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, stellt fest, dass es im Offenen Ganztage eine Lücke von 1.800 Plätzen gibt, über welche die Politik bisher noch keine Entscheidung getroffen hat. Wegen der besonderen Dringlichkeit dieses Problems kündigt er für die Ratssitzung am 28.06.2012 einen Antrag seiner Fraktion auf Schaffung dieser fehlenden Plätze an, sofern die Verwaltung bis zu diesem Zeitpunkt nicht eine eigene Lösung vorlegt.

Frau Dr. Klein weist darauf hin, dass der Verwaltung der zusätzliche Bedarf bewusst ist, weil die Abfragen in den Schulen diesen Bedarf ergeben haben. Der Bildungsbericht beweist, dass Köln im offenen Ganztage aufgrund des stetigen Ausbaus **an der Spitze in Nordrhein-Westfalen** liegt. Die problematische Haushaltssituation der Stadt Köln führt zu schwierigen Haushaltsberatungen. Sie sagt zu, dass sie in diesem Rahmen mit aller Kraft versuchen wird, die benötigten Plätze zu realisieren, was einen dauerhaften Mehrbedarf von 1,14 Millionen Euro an kommunalen Mitteln erfordert, für welchen Kürzungs- bzw. Deckungsvorschläge in anderen Bereichen vorgelegt werden müssen. Die verwaltungsinterne Diskussion ist vor diesem Hintergrund schwieriger als in den Vorjahren. Im vergangenen Jahr konnten zusätzliche Landesmittel als Aufstockung zum Ausbau verwendet werden. Die Mittel sind verbraucht und stehen in diesem Jahr nicht zur Verfügung.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, wiederholt seine Aussage aus dem Unterausschuss Ganztage, dass trotz der finanziellen Schwierigkeiten ein Bedarf zum Ausbau des offe-

nen Ganztages besteht. Er ist sicher, dass die Verwaltung die notwendige Kreativität zur Finanzierung der benötigten 1,14 Millionen Euro aufbringt.

Frau Jahn, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, versteht den Wunsch der Eltern, dass jeder für sein Kind einen Platz im offenen Ganztage haben möchte. Der Platzausbau darf aber nicht zu Lasten der Qualität gehen. Eine Finanzierung durch Einschränkungen in der Qualität ist nicht akzeptabel. Frau Jahn fragt nach, ob man im Rahmen des Ganztages nicht als Alternative mehr ÜMi-Gruppen z.B. in offenen Jugendeinrichtungen anbieten könne, damit die Eltern früh eine Planungssicherheit bekommen. Es sind kreative Lösungen für die derzeitige Situation gefragt.

Frau Dr. Klein stellt klar, dass den Eltern, welche Ganztagsplätze an ihrer Grundschule suchen, nicht mit ÜMi-Gruppen geholfen ist. Eine Beratung ist nicht das Problem. Das Problem sind die fehlenden Mittel. Für diese hat sie einen Deckungsvorschlag gemacht und hofft, dass dieser akzeptiert wird.

Auch für Frau Gebauer, FDP-Fraktion, ist es wichtig, dass nicht Quantität gegen Qualität ausgespielt wird. Im Rahmen der Haushalts-Klausurtagung der FDP-Fraktion war die Kämmerin Frau Klug zu Besuch und hat gesagt, dass im Stadtvorstand auch Prioritäten gesetzt wurden. Eine Priorität war es, qualifizierte Frauen in den Beruf zu bringen und dafür die Voraussetzungen zu schaffen. Familie und Beruf müssen miteinander vereinbar sein. Gerade der Ausbau des Offenen Ganztages darf nach den Ausführungen der Kämmerin nicht den notwendigen Sparmaßnahmen zum Opfer fallen. Wichtig für die Eltern ist eine verlässliche Benachrichtigung, damit Planung möglich wird und sie sich gegebenenfalls nach Alternativen umsehen können.

#### **4 Anträge gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

##### **4.1 Konzept bei vorübergehender Schließung von Sportstätten AN/0733/2012**

Der Antrag wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Herr Hoffmann, Freie Wähler Köln, erkennt die Beantwortung auf seine Anfrage nicht als ein wirksames Konzept an. Deshalb wurde in dem vorgelegten Antrag in 6 Punkten beschrieben, was die Freien Wähler unter einem Konzept verstehen. Er erwartet von der Stadt Köln, dass die entsprechenden Räumlichkeiten für Sportunterricht auch während Sanierungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden. Aus der Antwort der Verwaltung sei nicht ersichtlich gewesen, dass ein Konzept dafür existiert.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, erinnert daran, dass der Ausschuss dem Rat im Oktober 2011 einen umfänglichen Auftrag zur Überprüfung von Optimierungsvorgängen in der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln erteilt hat. Er geht davon aus, dass in diesem Rahmen Lösungen für die von den Freien Wählern angesprochenen Probleme geprüft und gefunden werden. Für seinen Wahlkreis kann er nur von positiven Erfahrungen im Umgang mit Sportstätten-Sanierungen berichten. Es gab dort ein gutes Zusammenspiel zwischen den zuständigen Stellen des Sportamtes, des Bezirksamtes und der Gebäudewirtschaft. Transparenz über die Baumaßnahmen in Schulsportstätten besteht durch die Informationen im Sportausschuss und im Betriebsausschuss der Gebäudewirtschaft. Er kommt zusammenfassend zu dem Schluss, dass sich durch den Ratsantrag und die Maßnahmen der Gebäudewirtschaft der Antrag der Freien Wähler erledigt hat.

Frau Manderla bittet darum, die regelmäßige Mitteilung über Baumaßnahmen in Schulsporthallen jeweils auch dem Schulausschuss zur Kenntnis zu geben.

Herr Kaven sagt dies zu.

Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, kann den Antrag der Freien Wähler nachvollziehen und schlägt vor, den Antragstext dahingehend zu verändern, dass die Verwaltung aufgefordert wird, ein **überarbeitetes** Konzept unter Berücksichtigung der 6 aufgeführten Punkte vorzustellen, unabhängig davon, ob es bereits eins gibt oder nicht. Dann würde seine Fraktion diesem Antrag zustimmen. Der angesprochene Auftrag an den Rat war eher allgemein gehalten und hat nicht die speziellen aufgeführten 6 Punkte enthalten.

Herr Hoffmann ist damit einverstanden, wenn sein Antrag um das Wort „überarbeitet“ ergänzt würde.

Frau Dr. Klein weist in diesem Zusammenhang auf die Zuständigkeit der Gebäudewirtschaft zur Planung und Durchführung von baulichen Maßnahmen hin. Bei möglichen Gefahren zum Beispiel im Zusammenhang mit der Tragfähigkeit von Sporthallendächern muss die Gebäudewirtschaft handeln, was sie auch tut. Nicht alles ist vorher planbar. Viele Sporthallen sind sanierungsbedürftig und Hallenplätze sind knapp. Durch Konzepte können keine zusätzlichen Hallenplätze geschaffen werden. Notfalls wird deshalb in Zusammenarbeit mit dem Bezirk und den Schulen auch in kommerziellen Einrichtungen Schulsport angeboten, um möglichst viel Schulsport zu realisieren.

Herrn Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, reichen die Ausführungen von Frau Dr. Klein zum Vorgehen bei Sanierungsmaßnahmen aus. Auch er kann bestätigen, dass bei Sanierungsmaßnahmen Ersatzzeiten bei privaten Anbietern eingekauft werden. Auch er sieht die Fragestellung der Anfrage durch Ratsbeschluss und durch das Verhalten der Verwaltung als erledigt an.

Es wird abgestimmt über den von der SPD-Fraktion geänderten Antrag:

**Beschluss:**

„Der Antrag der Freien Wähler ist erledigt auf Grund eines Ratsbeschlusses“.

**Abstimmungsergebnis:**

Der geänderte Antrag wird mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion ProKöln angenommen.

**4.2 Durchführungskonzept und Zeitplanung der Elternbefragung 2012 zur Schulwahl AN/0894/2012**

Der Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion wurde als Tischvorlage zur Verfügung gestellt.

Frau Gebauer, FDP-Fraktion, hat den vorgelegten Fragebogen mit dem Fragebogen von 2009 verglichen und festgestellt, dass dieser identisch ist mit Ausnahme der Frage Nr.6 zum gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung und Ausweitung des Themas Gemeinschaftsschulen auf Sekundarschulen. Das zum Fra-

gebogen gehörige Informationsblatt war der Mitteilung nicht beigelegt. Sie bedauert, dass man den Fragebogen nicht dazu nutzt, noch zusätzliche Auswahlkriterien der Eltern mit abzufragen.

Inhaltlich merkt Frau Gebauer an, dass die untere Schulaufsicht 2009 Bedenken gegen die Befragung der Eltern von Schüler/innen in der vierten Klasse hatte, weil diese zeitgleich mit der Beratung für die Einschulung stattfand. Da diesmal sowohl die Drittklässler, als auch die Viertklässler befragt werden möchte sie wissen, ob diese Bedenken nun nicht mehr bestehen.

Bei der dritten Frage des Fragebogens, die einseitig auf das längere gemeinsame Lernen abstelle, handelt es sich nach ihrer Meinung nicht um einen objektiven Hinweis, sondern um eine bewusste Hervorhebung zweier Schulformen. Der Begriff „längeres gemeinsames Lernen“ sei schon unter den Fraktionen umstritten. Es könne nicht vorausgesetzt werden, dass die Eltern ohne zusätzliche Informationen diesen Begriff so verstehen, wie er im Schulkompromiss konkret gemeint war.

Auch bei der vierten Frage müsse man ebenso auf alle Schulformen abstellen und dürfe die Antwort nicht durch die Fragestellung bereits vorgeben.

Frage 6 soll ersatzlos gestrichen werden, weil mit dieser Frage Meinung gemacht werde: Bessere Chancen ließen sich nicht alleine durch längeres gemeinsames Lernen erreichen, sondern auch z.B. durch kleinere Klassen, praxisorientierte Lehrerbildung, Räumlichkeiten zum Wohlfühlen oder vieles andere, was unerwähnt bleibe.

Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, findet seine Anregungen aus der letzten Sitzung in diesem Antrag wieder. Die Kritik seiner Fraktion zu dem letzten Fragebogen von 2009 gelte nach wie vor. Alle in dem Antrag vorgeschlagenen Änderungen seien sinnvoll und zielgerichtet. Frage 6 könne keine Grundlage zur Einführung oder zum Ausbau von Sekundarschulen oder anderen Schulformen in Köln schaffen. Nachdem beim letzten Mal herauskam, dass 76% der Eltern für längeres gemeinsames Lernen waren, stand dazu das Wahlverhalten bei der Schulform für ihr eigenes Kind im Widerspruch. Die Frage sei somit nicht geeignet, den Elternwillen wirklich abzubilden. Er schließt sich deshalb dem Antrag der FDP-Fraktion an, diese Frage zu streichen. Sollte man aber aus irgendeinem Grunde an der –seiner Meinung nach überflüssigen– Frage 6 festhalten, so bittet er um die Ergänzung: **„Wie glauben Sie erhält IHR Kind die besten Chancen oder die beste Bildung?“** Wissen wolle man nicht, was die Kölner Eltern generell wollen, sondern was sie konkret für ihr Kind wollen.

Es könne nicht sein, dass man sich im Rahmen des Schulkompromisses bereits über einen Entwurf für eine Elternbefragung zerstreitet, indem die Hinweise zur redaktionellen Änderung der Befragung bereits im Vorfeld ignoriert würden. So etwas sei kein guter Start, um eine spätere Konkretisierung mit großer Mehrheit zu erreichen.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, teilt zwar die Kritik, dass die Politik bei der Erstellung des neuen Fragebogens bisher nicht beteiligt wurde, hält den Fragebogen aber inhaltlich für geeignet, weil vor 3 Jahren gute Erfahrungen damit gemacht wurden: er enthielt das Wesentliche und er war nicht zu umfangreich, sodass ein repräsentatives und brauchbares Ergebnis herauskam. Seiner Ansicht nach enthält der Fragebogen keine Suggestivfragen, sondern er orientiere sich an den vorab besprochenen Konkretisierungen. Seine Fraktion hält den Fragebogen auch mit der Frage 6 für richtig und angemessen, um bis Oktober die benötigten Ergebnisse als Grundlage für die zu treffenden Entscheidungen zu liefern. Er rechnet auch wieder mit einer hohen Rücklaufquote.

Frau Kessing, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, bittet um mehr Gelassenheit: Eltern ließen sich nicht alleine durch eine Fragestellung in ihren Antworten manipulieren.

Gerade weil die Sekundarschule eine neue Schulform ist, sei der Hinweis in Frage 3 hilfreich und manipulierte nicht. Sie befürchtet, dass die Argumentation von Frau Gebauer und Herrn Dr. Schlieben vorbereiten solle, dass man sich später vom Ergebnis der Umfrage distanzieren will. Richtig sei, dass es durchaus sein kann, dass Eltern es für richtig halten, dass ihr Kind gemeinsam länger lernen soll und es dann trotzdem auf die Realschule oder das Gymnasium anmelden. Mit diesem scheinbaren Widerspruch lebten viele Eltern. Bei dieser Frage gehe es aber gerade nicht um eine kurzfristige Planung, sondern um eine langfristige grundsätzliche Ausrichtung und Wunschvorstellung der Eltern für die Schulentwicklung. Deshalb sei diese Frage auch wichtig, um das Spannungsfeld zu den Fragen 3 und 4 genau auszuloten und die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen. So viel Vertrauen sollte man den Eltern entgegenbringen.

Herr Pannes, sachkundiger Einwohner, hält es für abwegig, der Verwaltung zu unterstellen, dass sie den Schulkonsens missachtet. Der Schulentwicklungsplan räume der Sekundarschule einen hohen Stellenwert ein, was beweist, dass der Schulkonsens in Köln angekommen ist. Er hält die Formulierung von Herrn Dr. Schlieben zu Frage 6 für kompromissfähig. Seine Fraktion ist der Meinung, dass die entfallene Frage nach gemeinsamem Unterricht doch gestellt werden sollte, weil dem Elternwillen ein hoher Stellenwert beigemessen werden soll. Auch die Frage nach dem Migrationshintergrund sollte nicht wegfallen, weil sie integrationspolitisch sehr wichtig sei.

Herr Lorenz, Bezirksschüler/innenvertretung, ist dafür, **dass Frage 6 erhalten bleibt, aber eine andere Überschrift erhält, die neutral ist.** Er hält es für sinnvoll, zu ermitteln, ob die Eltern grundsätzlich für „längeres gemeinsames Lernen“ sind und mit der tatsächlichen Schulwahl für ihr Kind gegebenenfalls eine Diskrepanz zum tatsächlichen Angebot sehen. Er hält es aber für erforderlich, dass langfristig eine Schule für alle geschaffen werden muss.

Frau Gebauer, FDP-Fraktion, stellt klar, dass sie nicht grundsätzlich **gegen** den Fragebogen ist, sondern ihn für ein brauchbares Mittel zur Ermittlung des Elternwillens hält, sofern die richtigen Fragen gestellt werden. Der vorgelegte Fragebogen erhalte aber nicht die richtigen Fragen, weil er die Weiterentwicklung der letzten Jahre nicht widerspiegele und lediglich vom letzten Mal übernommen wurde. An Herrn Philippi gerichtet führt Frau Gebauer aus, dass ein Fragebogen sich nicht an Vorgaben orientieren solle, sondern zu umsetzbaren Antworten führen soll. Sie könne verstehen, dass ein so unterschiedliches Verständnis zum Zweck eines Fragebogens dazu führt, dass man sich nicht auf gemeinsame Fragen einigen kann.

Zum Begriff „längeres gemeinsames Lernen“ führt sie aus, dass man dies auch so verstehen kann, dass Kinder eine längere gemeinsame Grundschulzeit miteinander verbringen. Dieses Verständnis von längerem gemeinsamen Lernen sei aber von dem Fragebogen nicht gemeint, sodass diese Frage keine klaren Erkenntnisse ergeben kann, sondern sie führt dazu, dass jeder anschließend seine erwartete Meinung in das Ergebnis hineininterpretiert. Deshalb solle die Frage 6 gestrichen werden.

Frau Dr. Klein geht auf die Kritik ein, indem sie darauf hinweist, dass sie bereits in der letzten Sitzung darauf hingewiesen hatte, dass sich der Fragebogen eng an die erste Befragung anlehnen wird, weil aus unterschiedlichen Beantwortungen zu unterschiedlichen Zeiten Trends abgeleitet werden sollen. Das könne nur dann erfolgen, wenn die Fragen weitgehend gleich bleiben. Es wurde lediglich die Sekundarschule mit einbezogen. Die Frage 6 sei wortgleich identisch zu dem 2009 abgestimmten Fragebogen. Damals wurde der Fragebogen nicht als tendenziös empfunden. Der Fragebogen sei als Instrument der Schulplanung gedacht und solle kein allgemeines Stimmungsbild herstellen. Die Ergebnisse sollen gegenüber der Bezirksregierung beweisen, dass an

einem konkreten Standort auch ein konkreter Bedarf für eine bestimmte Schulform besteht. Bezüglich der Befragung der vierten Klasse habe sich die Meinung der Bezirksregierung geändert, ohne dass Frau Dr. Klein dafür eine Erklärung hat. Man wollte keine Tendenz vorgeben, sondern lediglich die Sekundarschule in dem früheren Fragebogen berücksichtigen. Sie ist zuversichtlich, dass man mit diesem Fragebogen ein zutreffendes Meinungsbild der Elternschaft bekommt. Die meisten Kölner Eltern wüssten genau, was mit längerem gemeinsamem Lernen gemeint ist. Die Demonstration vor der Sitzung beweise, dass viele Eltern z.B. in Bezug auf die OGTS-Plätze sehr engagiert und interessiert sind und sehr konkrete Vorstellungen haben über das, was in den Schulen mit ihren Kindern passieren soll.

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner, hält den Änderungsvorschlag von Herrn Dr. Schlieben für klarstellend und vereinheitlichend.

Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, stellt fest, dass abschnittsweise abgestimmt werden kann.

Zu Frage 6 formuliert er seinen Ergänzungsvorschlag aus. **„Wie glauben Sie erhält Ihr Kind die beste Bildung/die besten Chancen, wenn Ihr Kind nach der Grundschule die empfohlene Schulform besucht bzw. wenn Ihr Kind länger gemeinsam mit anderen Kindern lernt?“**.

Frau Gebauer, FDP-Fraktion, hält schon die Fragestellung für falsch, weil **alle** Kinder nach der Grundschule erstmal aufgeteilt werden.

### **Beschluss:**

Es wird abschnittsweise abgestimmt:

#### **1. Abstimmung: Änderung der Frage 3 des Fragebogens, wie von der FDP-Fraktion vorgeschlagen**

„Frage wie gestellt.

#### **Der erste Hinweis wird wie folgt geändert:**

Neben der Empfehlung für eine dieser genannten Schulformen spricht die Grundschule auch immer gleichwertig eine Empfehlung zum Besuch einer Gesamtschule oder einer Sekundarschule aus.

Der zweite Hinweis bleibt bestehen.“

#### **Abstimmungsergebnis:**

Der Antrag wird mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion ProKöln abgelehnt.

#### **2. Abstimmung: Änderung der Frage 4 des Fragebogens, wie von der FDP-Fraktion vorgeschlagen**

„Frage 4 wird wie folgt geändert:

An welcher Schulform würden Sie Ihr Kind gerne anmelden, unabhängig davon, ob diese Schulform wohnortnah tatsächlich vorhanden ist? (die Namen der Schulformen folgen)

**Der erste Hinweis wird ersatzlos gestrichen. Der zweite Hinweis bleibt bestehen.“**

#### **Abstimmungsergebnis:**

Der Antrag wird mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion ProKöln abgelehnt.

**3. Abstimmung: Änderung der Frage 6 des Fragebogens, wie von der FDP-Fraktion vorgeschlagen**

„Frage 6 wird ersatzlos gestrichen.“

**Abstimmungsergebnis:**

Der Antrag wird mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion ProKöln abgelehnt.

**4. Abstimmung: Änderung der Überschrift von Frage 6 des Fragebogens, wie von Herrn Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, vorgeschlagen**

„Wie glauben Sie erhält Ihr Kind die beste Bildung/die besten Chancen, wenn Ihr Kind nach der Grundschule die empfohlene Schulform besucht bzw. wenn Ihr Kind länger gemeinsam mit anderen Kindern lernt?“.

**Abstimmungsergebnis:**

Der Antrag wird mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion ProKöln abgelehnt.

**5. Abstimmung: Änderung der Frage 6 des Fragebogens, wie von Herrn Lorenz, Bezirksschüler/innenvertretung, vorgeschlagen**

„Frage 6 bleibt erhalten und erhält eine neue Überschrift.“

**Abstimmungsergebnis:**

Der Antrag wird mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt. Die Fraktion ProKöln enthält sich der Stimme.

**6. Abstimmung über den Gesamtvorschlag der FDP-Fraktion**

„Die FDP-Fraktion bittet die Verwaltung, folgende Änderungen in den Fragebogen zur Elternbefragung zum Wechsel von Kindern auf weiterführende Schulen in Köln 2012 vorzunehmen:

**Frage 3:**

Frage wie gestellt.

**Der erste Hinweis wird wie folgt geändert:**

Neben der Empfehlung für eine dieser genannten Schulformen spricht die Grundschule auch immer gleichwertig eine Empfehlung zum Besuch einer Gesamtschule oder einer Sekundarschule aus.

Der zweite Hinweis bleibt bestehen.

**Frage 4 wird wie folgt geändert:**

An welcher Schulform würden Sie Ihr Kind gerne anmelden, unabhängig davon, ob diese Schulform wohnortnah tatsächlich vorhanden ist? (die Namen der Schulformen folgen)

Der erste Hinweis wird ersatzlos gestrichen. Der zweite Hinweis bleibt bestehen.

**Frage 6 wird ersatzlos gestrichen.“**

**Abstimmungsergebnis:**

Der Antrag wird mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion ProKöln abgelehnt.

**4.3 Schulsozialarbeiter für das Gymnasium**

**Frau Manderla verlässt um 18.40 Uhr die Sitzung und übergibt den Vorsitz über die Sitzung an Frau Gebauer.** Frau Gebauer weist darauf hin, dass sie demnächst in der Funktion als sachkundige Bürgerin nicht mehr die Stellvertretung der Vorsitzenden übernehmen darf, sodass dies ihre letzte Amtshandlung in dieser Funktion ist.

Frau Jahn, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, begründet den gemeinsamen Dringlichkeitsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Das Stadtgymnasium Porz hat als einzige Schule in Köln gegen den erklärten politischen Willen und den Verwaltungswillen die geplante halbe Schulsozialarbeiter-Stelle abgelehnt. Die Schule nimmt viele Kinder aus dem Sozialraum Porz-Ost (Finkenberg, Gremberghoven und Eil) auf. Es ist daher besonders wichtig, dass mit der halben Schulsozialarbeiterstelle der Dialog zwischen Schule und Elternhaus intensiviert werden kann. Deshalb wird mit dem Antrag ein Prüfauftrag an die Verwaltung gestellt, ob es nicht doch möglich ist, die halbe Stelle für Schulsozialarbeit zuzusetzen.

Frau Dr. Klein weist darauf hin, dass keine zusätzlichen Personalstellen eingerichtet werden können, und empfiehlt deshalb, statt der Formulierung „zugesetzt“ die Formulierung „**umgeschichtet**“ zu wählen. Die Stelle ist bereits anderweitig verteilt worden an das Gymnasium in Pesch und wurde nicht freigehalten.

Frau Jahn ist mit dieser Umformulierung des Antrages einverstanden.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung bittet die Verwaltung zu prüfen, ob die anfänglich vom Stadtgymnasium Porz abgelehnte halbe Stelle einer Schulsozialarbeiterin/eines Schulsozialarbeiters im Rahmen des beschlossenen Ausbaus kommunaler Schulsozialarbeit doch noch umgeschichtet werden kann.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**5 Vorlagen der Verwaltung**

**5.1 Einrichtung des Erweiterungsbaus des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums, Severinstraße 241, 50676 Köln  
0630/2012**

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner, möchte eine Erklärung dafür, warum hier 319.000 Euro für eine noch nicht beschlossene Maßnahme ausgegeben werden sollen. Das Friedrich-Wilhelm-Gymnasium hat sich noch nicht für den gebundenen Ganztagsausgesprochen. Trotzdem will die Verwaltung mit diesem Antrag auf Ver-

dacht Geld für die Einrichtung ausgeben, obwohl für die Betreuung im offenen Ganztage an anderer Stelle in der Stadt über 1 Million Euro fehlen.

Frau Dr. Klein hat erfahren, dass die Schule, die vorerst noch abwarten will, nach den Sommerferien das Thema Ganztage nochmal neu beraten will. Die Diskussion darüber läuft. Sie geht aber davon aus, dass auch das Friedrich-Wilhelm-Gymnasium sich für den Ganztage entscheiden wird.

Herr Zimmermann glaubt nicht, dass die Einrichtungsgegenstände in einem Jahr teurer sind, falls sich die Schule dann noch für den Ganztage entscheiden sollte. Baukosten sind in der Vorlage nicht erwähnt. Es sei daher sinnvoll, das Geld jetzt für andere Maßnahmen auszugeben.

Frau Hauser, CDU-Fraktion, bittet um Aufklärung, ob die Verwaltung nun bei allen Schulen unabhängig vom Willen der Schule vorab plant.

Frau Dr. Klein verweist auf die besondere Situation der Schule. Natürlich würde nicht grundsätzlich auf Vorrat gebaut. Der Vergleich mit den benötigten OGTS-Mitteln hänge, weil es sich dort um eine dauerhafte Mehrbelastung handelt, während es hier um eine einmalige Mehrbelastung geht. Sie hält eine sofortige Berücksichtigung des Ganztages für wirtschaftlicher als eine spätere Nachrüstung.

Frau Hauser fragt nach, **ob grundsätzlich bis zu den Sommerferien noch mit einem Antrag des Kollegiums auf Einführung des Ganztages gerechnet wird.**

Auch Frau Gebauer bittet um Einholung eines Votums der Schulleitung zur Sondersitzung oder bis zum Finanzausschuss. Die Politik habe die Information, dass das Friedrich-Wilhelm-Gymnasium erst einmal nicht in den Ganztage gehen möchte und sieht deshalb keine Notwendigkeit schon jetzt Einrichtungsgegenstände zu bestellen.

Herr Lorenz, Bezirksschüler/innenvertretung, möchte wissen, was die Schule mit dem Teil, der für den Ganztage vorgesehen ist, geplant hat: steht der Teil leer und müsste mit alten Möbeln ausgestattet werden. Nur die Hälfte der in der Vorlage angegebenen Kosten bezieht sich auf die Küche, die andere soll für neue Möbel ausgegeben werden. Die Möbel müssten für den Erweiterungsbau möglicherweise trotzdem angeschafft werden. Ein Leerstand wäre die schlechteste Lösung.

Frau Gebauer nimmt dies auf und liest aus der Anlage 1, dass ein Großteil der Kosten auf Küche und Lagerraum entfallen und damit erst fällig werden, wenn tatsächlich eine Entscheidung der Schule für den Ganztagsunterricht erfolgt. Klassenräume, Multifunktionsräume, Gruppenarbeitsräume und Differenzierungsräume, sowie Unterrichtsmittel sind ausdrücklich daneben aufgeführt, sodass man möglicherweise eine Teilentscheidung für die Anschaffung dieser Möbel treffen kann.

Frau Dr. Klein weist darauf hin, dass die Schule nach den Sommerferien in ihr Stammhaus zurückkehrt und dort Möbel benötigt. Die Kosten für die Ausstattung der Küche und des Lagerraumes betragen rund 150.000 Euro.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, bittet dringend um mehr **Informationen über ein mögliches Einsparpotential und über den tatsächlichen Willen der Schule.** Zwar zweifelt er nicht, dass die Schule sich irgendwann für den Ganztage entscheiden wird. Nach dem G8 sind auch Sekundarstufe I-Schüler mindestens an 2 Tagen länger in der Schule. Seiner Meinung nach besteht die Pflicht, dass sie zumindest ein Bistro-Angebot bekommen.

Er bittet um Vertagung der Entscheidung in die Sondersitzung des Schulausschusses, zu der mehr Grundlagen vorgelegt werden sollen:

**Welche Maßnahmen wären zur Nachrüstung erforderlich?**

### **Was wäre baulich zu berücksichtigen?**

### **Was hat die Schule für einen Stundenplan? Was hat sie für eine Mittagspause?**

### **Wie versorgt sie ihre Schüler in der Mittagspause mit Essen und Getränken?**

### **Was für eine Küche soll dort eingerichtet werden (nur Anlieferung?)?**

Auf Grundlage dieser Informationen muss man dann entscheiden, ob es sinnvoll ist, eine entsprechende Küche dort einzurichten. Es geht hier bei einem schwierigen Haushalt darum, Mittel, die nicht notwendig sind, einzusparen.

Herr Konrads erinnert an den Ganztagsbeschluss des Rates aus dem Dezember 2008 und an den Beschluss über die Planung des Erweiterungsbaus. Hier werden Räumlichkeiten im Fey-Gebäude auf dem Nachbargrundstück vorgehalten. Die Aufträge sind bereits erteilt. Das Gebäude mit den Räumlichkeiten (also einschließlich 16 Klassenräumen) wird im ersten Quartal des nächsten Jahres fertig. Eine Mittagsbeköstigung gibt es an jeder weiterführenden Schule, sodass man die Küche braucht. Ab 150 Mittagessen täglich wird eine Edelstahl-Großküche benötigt. Bei 1000 Schülern kann man davon ausgehen, dass 150 Essen erreicht werden. Bei der Berechnung der Art der Küche geht man von 50% der gesamten Schülerzahl aus.

Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, stützt: Wenn das so ist, dann haben die Zahlen in der Vorlage, wo „GT“ steht, mit Ganztags nichts zu tun, wenn die Maßnahme unabhängig von der Entscheidung der Schule, ob es eine Ganztagschule oder nicht wird, trotzdem umgesetzt wird. Dann macht die Anlage 1 keinen Sinn, weil dort so getan wird, als ob die Einrichtung irgend etwas mit dem Thema Ganztags zu tun habe. Eine solche Auffassung der Verwaltung sei interessant für zukünftige Projekte, die dann unter dem Aspekt diskutiert und beschlossen werden müssten, dass es sich um eine Änderung der bisher geübten Praxis und des bisherigen Verständnisses von Ganztags handelt.

Er bedankt sich für die Aufklärung und kündigt eine differenziertere Betrachtung zukünftiger Vorlagen mit der Bezeichnung „Ganztags“ an.

Herr Konrads bestätigt, dass an **jeder** weiterführenden Schule Räumlichkeiten für den Ganztags vorgesehen werden. Unterschieden wird zwischen dem gebundenen (verpflichtenden) Ganztags und dem Ganztags, wo ausschließlich Aufenthaltsräume, Küche und Speiseräume vorgesehen werden.

Auch Frau Riedel, sachkundige Einwohnerin, bittet unter Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten um Aufklärung, welches Nutzungskonzept die Schule für die –scheinbar leer stehenden- Räume hat. Soll denn dort eine Cafeteria eingerichtet und benutzt werden und in welchem Rahmen? Ohne diese Informationen könne über die Vorlage nicht entschieden werden.

Frau Gebauer bittet um Konkretisierung der Vorlage zur Sondersitzung des Schulausschusses.

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Vorlage wird zurückgestellt. Sie wird im Rahmen einer Sondersitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung am 19.06.2012 erneut behandelt.

## **5.2 Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zur "Offenen Schule Köln" 0874/2012**

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Frau Dr. Klein bittet darum, die Schule zu unterstützen.

Herrn Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, ist aufgefallen, dass abweichend vom Beschluss der Stadtarbeitsgemeinschaft im 2.Absatz gesagt wird, dass man prüfen soll, ob der Schule kommunale Mittel etc. zur Verfügung stehen, und möchte wissen, ob es da schon ein Ergebnis gibt.

Frau Heuer verweist auf den Wortlaut der Beschlussvorlage, dass man die Ersatzschulfinanzierung reduzieren würde, wenn man der Schule etwas aus anderen Mitteln zur Verfügung stellen würde, sodass die Schule keinen Vorteil hätte. Deshalb wurde auch angehängt, wie die Ersatzschulfinanzierung für private Schulen aussieht.

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner, bezieht sich darauf, dass hier von einer 2-zügigen Gesamtschule der Sekundarstufe I gesprochen wird, und fragt nach, ob die Verwaltung sich sicher ist, dass auch solche Schulen, die eigentlich nicht vorgesehen sind, mit den entsprechenden Zuschlägen refinanziert werden. Normalerweise sind Gesamtschulen nämlich 4-zügig.

Frau Dr. Klein stellt klar, dass eine solche Prüfung in der Zuständigkeit der Bezirksregierung liegt. Über das Ergebnis werde man den Ausschuss gerne informieren, sobald es vorliegt.

#### **Beschluss:**

1. Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung begrüßt ausdrücklich die Eröffnung der „Offenen Schule Köln“ und fordert die Verwaltung auf, alles Erforderliche dafür zu tun, um einen Start des Unterrichts zum Schuljahr 2012/2013 zu ermöglichen. Dies umfasst auch die Unterstützung des Vorhabens gegenüber anderen Behörden wie der Landesregierung oder der Bezirksregierung.
2. Abweichend von dem Beschluss der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik wird die Verwaltung aufgefordert zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen kommunale Mittel, die bisher zur Förderung eines Kindes an Förderschulen zur Verfügung standen, auch bei einem inklusiven Schulbesuch der betroffenen allgemeinbildenden Schule zur Verfügung gestellt werden können.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

### **5.3 Überplanmäßiger zahlungswirksamer Mehraufwand im Teilergebnisplan 0415, Rheinische Musikschule, Hj. 2011 1778/2012**

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Frau Hölzing, sachkundige Einwohnerin, sieht die Vorlage als erfreulich an, weil sie zeigt, dass manchmal aus bestehenden Einrichtungen auch Gelder fließen. Sie vermisst aber Gründe für die Mehreinnahmen und bittet um Konkretisierung zur zukünftigen Entscheidung, wie Akzente gesetzt werden können. Deshalb fragt sie nach:

-Welcher Art waren die erbrachten Unterrichtsleistungen?

-In welchen Bereichen sind sie entstanden? / In welchen Stadtteilen sind sie entstanden?

-Wo konkret sind die 7% höheren Belegungen entstanden?

-Wurde eine Warteliste abgebaut / wurde auf Grund der Mehreinnahmen Unterricht von der Warteliste abgearbeitet?

Frau Dr. Klein sagt eine schriftliche Beantwortung der Fragen zu.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

„Der Rat beschließt zur Finanzierung zusätzlicher Musikschulunterrichte einen überplanmäßigen zahlungswirksamen Mehraufwand im Teilergebnisplan 0415, Rheinische Musikschule, in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, in Höhe von 80.659,61 EUR, Hj. 2011.

Deckung erfolgt durch entsprechende Mehrerträge im Teilergebnisplan 0415, Rheinische Musikschule, in Teilplanzeile 4, öffentlich rechtliche. Leistungsentgelte, so dass sich für den Gesamthaushalt keine Verschlechterung ergibt.“

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**5.4 Internetstadt Köln  
0687/2012**

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Frau Riedel, sachkundige Einwohnerin, hält die Vorlage für das richtige Zeichen der Zeit für eine Stadt wie Köln, hat aber noch 2 Anregungen:

- Sie bittet um Prüfung, ob es aus datenschutzrechtlichen Gründen keine Bedenken mehr gegen die Einführung eines Schul-W-LANs an Kölner Schulen gibt, die vor 1 Jahr bei einer entsprechenden Anfrage im Schulausschuss noch bestanden.
- Im Tablet-Konzept ist eine Finanzierung mit Hilfe der Fördervereine vorgesehen. Wenn ein solches Konzept von der Stadt angelegt wird, dann müsse die Stadt auch selbst für eine Finanzierung sorgen. Die Fördervereine seien mit anderen Aufgaben bereits ausgelastet.

Frau Heuer bestätigt, dass das W-LAN Diskussionen wegen ernst zu nehmender Sicherheitsbedenken auslöste, deren Risiken man inzwischen aber in Kauf nimmt.

Die Stadt kann nicht Tablets für alle Schüler/innen zur Verfügung stellen. Sie prüft aber derzeit Leasing-Modelle, die mit einem Eigenanteil in geringem Umfang an Schulen Geräte zur Verfügung stellen können, wenn inhaltlich innovative Konzepte vorgelegt werden.

Frau Gebauer bezieht sich auf Erfahrungen aus der Kaiserin-Augusta-Schule, dass solche Konzepte teilweise nur schwer umsetzbar sind.

Herr Dr. Heinen, SPD-Fraktion, bestätigt, dass seine Fraktion das Vorhaben unterstützt und erinnert, dass vor 2 Jahren der Startschuss gegeben wurde. Nun müssen erste Schritte gemacht und gemeinsame Plattformen entwickelt werden, um zeitnah den Schulen den Start zu ermöglichen, die schon die Voraussetzungen haben, zu beginnen, damit später in einem Prozess gleiche Standards und Bedingungen für alle Schulen gefunden werden. Der Bildungsbereich ist dabei nur ein Bereich von vielen - wie z.B. Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Mobiles Arbeiten- im Rahmen eines Gesamtkonzeptes.

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner, bittet darum, die guten Ansätze im Dialog mit den Schulen pädagogisch nochmals zu hinterfragen. Es gebe durchaus auch kritische Stimmen und Forscher, die davor warnen, W-LAN auch an allen Grundschulen einzusetzen.

Herr Lorenz, Bezirksschüler/innenvertretung, befürwortet das ehrgeizige Projekt, sieht es aber im Widerspruch zu dem bestehenden Elektronische-Medien- und Handyverbot, das real an vielen Schulen besteht.

Auch Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, begrüßt für seine Fraktion die Vorlage, warnt aber vor den finanziellen Folgen. Seine Fraktion schlägt vor, die Vorlage ohne Votum in die weiteren Beratungen zu geben, damit die nachfolgenden Gremien die finanziellen Auswirkungen prüfen können. Er weist auch darauf hin, dass die elektronischen Medien die inneren Schulangelegenheiten berühren und damit eine Abstimmung mit dem Land hinsichtlich Unterrichtsmethodik als auch in Bezug auf Inhalte erfolgen muss.

Frau Heuer erinnert daran, dass es zu diesen Fragen traditionell eine enge Zusammenarbeit mit den Kompetenzteams gibt, die Landesstellen sind.

**Beschluss:**

Die Vorlage wird ohne Votum in die weiteren Gremien verwiesen.

**5.5 Umwandlung von drei städtischen Katholischen Grundschulen in Gemeinschaftsgrundschulen  
2075/2012**

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, erklärt, dass Gemeinschaftsschulen viel stärker dem weltanschaulichen Neutralitätsgebot der Verfassung, also des Grundgesetzes und der Landesverfassung, entsprechen und seine Fraktion deshalb darauf hofft, dass der Prozess so weitergeht.

Frau Gebauer kontert, dass es dazu auch eine andere Meinung gibt und Frau Riedel bestätigt, dass durch die Umwandlung konfessioneller Schulen in Gemeinschaftsgrundschulen die Vielfalt des Angebotes verloren geht. Die christliche Erziehung ist auch durch die Landesverfassung abgedeckt und sie bedauert die Umwandlung sehr, weil christliche Eltern immer weniger die Möglichkeit haben, ihre Kinder entsprechend ihrer Weltanschauung erziehen und unterrichten zu lassen.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

„Der Rat beschließt gem. § 81 Nr. 2 Schulgesetz NRW die Umwandlung der Katholischen Grundschulen

1. Volberger Weg 17, 51107 Köln (Rath)
2. Dagobertstr. 79, 50668 Köln (Altstadt-Nord), Celestin-Freinet-Schule
3. Overbeckstr. 71-73, 50823 Köln (Neuehrenfeld)

in Gemeinschaftsgrundschulen ab dem Schuljahr 2012/2013.“

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der Fraktion ProKöln.

## **5.6 Errichtung einer dreizügigen Sekundarschule Rochusstraße in Köln-Bickendorf zum Schuljahr 2013/14 0921/2012**

Die Vorlage wurde als Tischvorlage zur Verfügung gestellt.

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner, sieht einen Widerspruch zwischen dem Leitfaden des Landes und der Beschlussvorlage. Auf Seite 5 im Leitfaden heißt es: „Die Sekundarschule gewährleistet in allen Organisationsformen auch gymnasiale Standards.“

Auf Seite 11 der Vorlage steht dagegen: „durchgängige Orientierung an den Lehrplänen des Gymnasiums“. Das widerspricht dem, was für die Sekundarschule vorgesehen ist.

Frau Dr. Klein will diese Frage bis zur Wiedervorlage im Schulausschuss klären lassen.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, erinnert daran, dass die Montessori-Hauptschule bisher u.a. deshalb abgelehnt wurde, weil sie an zwei Standorten beheimatet ist. Er bittet um Klärung bis zur Wiedervorlage, ob die Bezirksregierung die beiden Standorte akzeptieren wird.

Herr Pfeuffer klärt darüber auf, dass es bereits Vorgespräche gegeben hat. Dabei hat sich herausgestellt, dass die Bezirksregierung die Teilstandortlösung wohlwollend akzeptieren wird.

Frau Gebauer liest auf Seite 11 der Vorlage, dass „voraussichtlich eine Erweiterung des Gymnasiums zur Aufnahme von 4 Zügen der Sekundarstufe I und von 6 Zügen in der Sekundarstufe II (vorher Sek I) realisiert werden kann“. Sie fragt nach, ob dies den Wünschen des Gymnasiums entspricht.

Frau Heuer erklärt, dass man den Wünschen des Gymnasiums damit sehr nahe komme, obwohl es eigentlich den Wunsch hätte, das ganze Gebäude für sich alleine zu haben.

Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, zitiert weiter den Abschnitt aus der Vorlage: „Dabei werden auch Szenarien geprüft, die die Raumsituation darstellen für den Fall, dass die Genehmigung einer Sekundarschule verweigert würde.“ Er fragt, ob es Gründe für die Annahme gibt, dass dies eintritt und die Bezirksregierung die Genehmigung ablehnt.

Herr Pfeuffer gibt Entwarnung, dass es sich hierbei um eine Formulierung für alle Fälle handelt. Man sei aufgrund der Vorgeschichte vorsichtig geworden, habe aber keine Hinweise für begründete Zweifel.

Frau Hölzing, sachkundige Einwohnerin, hat eine Frage zur Kooperationsvereinbarung des Berufskollegs mit der Montessori-Sekundarschule: Für die Oberstufe wird da von einer Aufnahmeverpflichtung der Schüler gesprochen „sofern Kapazitäten vorhanden sind“. Es sei wünschenswert, dass die Sekundarschule einen Partner hat, der auf die Bedürfnisse der Schüler/innen eingeht. Könnte es im konkreten Falle vorkommen, dass die Schüler doch nicht aufgenommen werden können, weil sie eigene Schüler/innen versorgen müssen oder wie ist die Reihenfolge?

Frau Heuer erinnert daran, dass das Berufskolleg gar keine Schüler/innen aus der Sekundarstufe I hat, weil es eine Sek II-Schule ist. Die gewählte Formulierung ist aus rechtlichen Gründen erforderlich.

### **Abstimmungsergebnis:**

Die Vorlage wird ohne Votum in den weiteren Beratungslauf verwiesen.

**5.7      **Neubau einer Ganztagsenerweiterung für die Realschule Neusser Straße  
421, 50737 Köln-Nippes  
Baubeschluss  
5272/2011****

Die Vorlage wurde als Tischvorlage zur Verfügung gestellt.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, meint, aus den Unterlagen einen leichten Dissens zwischen dem Rechnungsprüfungsamt ablesen zu können, den die Gebäudewirtschaft seiner Ansicht nach gut erklären konnte. Es sollten Shetdächer zur Beleuchtung von innen liegenden Räumen gebaut werden, die das RPA einsparen wollte. Er bittet darum, Einsparungen nicht zu Lasten der Aufenthaltsqualität in Schulen zu machen. Er geht davon aus, dass die Fachleute im Betriebsausschuss der Gebäudewirtschaft die Angelegenheit nochmals auf sinnvolle Einsparmöglichkeiten hin überprüfen werden.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

„Der Rat genehmigt den Entwurf und die Kostenberechnung für die Errichtung einer Ganztagsenerweiterung für die Realschule Neusser Str. 421, 50737 Köln mit Gesamtbaukosten von 5.015.000 € brutto und beauftragt die Verwaltung mit der Submission und Baudurchführung. Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln.“

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**5.8      **Errichtung einer zweizügigen Grundschule zum Schuljahr 2013/14 am  
Standort Mommsenstraße 5-11 in 50935 Köln-Sülz  
1465/2012****

**Abstimmungsergebnis:**

Die Vorlage wird zurückgestellt. Sie wird im Rahmen einer Sondersitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung am 19.06.2012 erneut behandelt.

**5.9      **Barrierefreier Ersatz von Fertigbaueinheiten am Schulstandort " Auf dem  
Sandberg 120, 51105 Köln-Poll"  
1254/2012****

**Abstimmungsergebnis:**

Die Vorlage wird zurückgestellt. Sie wird im Rahmen einer Sondersitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung am 19.06.2012 erneut behandelt.

## **5.10 Beteiligung der Bezirksvertretungen in Schulangelegenheiten (§ 61 SchulG NW) 4687/2011**

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, geht davon aus, dass sich alle Fraktionen darüber einig sind, dass eine Beteiligung der Bezirksvertretungen an den Schulkonferenzen sowohl fachlich als auch organisatorisch unsinnig ist. Er bittet die Verwaltung aber um Prüfung, wie man die Bezirksvertretungen bei den Grundschulen pragmatisch beteiligen kann, z.B. durch Einladung benannter Bezirksvertreter/innen zu den Vorstellungsrunden in den Ausschuss für Schule und Weiterbildung.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, unterstützt für seine Fraktion den Beschlussvorschlag der Verwaltung. Die anderslautenden Voten zweier Bezirksvertretungen sind zur Kenntnis genommen worden. Man versteht das so, dass es den Bezirksvertretungen um Kontakt zu den Schulleitungen in ihren Bezirken geht.

Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, wendet ein, dass man die Angelegenheit vor Wochen mit den schulpolitischen Sprechern ausführlich diskutiert habe und zu dem einhelligen Ergebnis gekommen sei, dass alles so belassen werden soll, wie es ist. Die Vorlage soll daher ohne Einschränkungen beschlossen werden. Informelle Ideen und Bitten zum besseren Kontakt zwischen den Bezirksvertretungen und ihren Schulleitungen hätten in diesem Zusammenhang keine Bedeutung, denn es wird aus gutem Grund mehrheitlich genauso beschlossen, wie es in der Vorlage formuliert ist und nicht anders. Das sieht offensichtlich die Mehrheit der Bezirksvertretungen ebenso.

Frau Gebauer fasst zusammen, dass es **keinen** weiteren Auftrag an die Verwaltung gibt. Die Beschlussvorlage wird so beschlossen, wie sie vorgelegt wurde. Es bleibe den Fraktionen unbenommen, das Protokoll an die Bezirksvertretungen weiterzugeben, die dann vor Ort entscheiden können, was sie damit machen.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung nimmt die Anregungen der Bezirksvertretungen Nippes und Chorweiler vom 29.09.2011 zur Entsendung von Vertretern in die Schulkonferenz und zur Mitsprache der Bezirksvertretung bei der Besetzung von Schulleitungen zur Kenntnis.

Die Zuständigkeitsordnung in der aktuell gültigen Fassung vom 05.03.2012 soll im Hinblick auf die Besetzung von Schulleitungsstellen unverändert bleiben.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der Fraktion ProKöln.

## **6 Beantwortung mündlicher Anfragen; Mitteilungen**

### **6.1 Beantwortung mündlicher Anfragen**

### **6.2 Mitteilungen der Vorsitzenden**

### **6.3 Mitteilung der Verwaltung**

#### **6.3.1 Vorschlag zur Erstellung eines Handlungsprogramms KALK NORD 2012 + 1372/2012**

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, möchte wissen, was im Zusammenhang mit den Bildungsprojekten gemeint ist mit der „Zukunft des Schul- und Bildungsstandortes Albermannstraße“.

Frau Heuer antwortet, dass derzeit intensiv perspektivisch diskutiert wird, ob hier ein Jugendzentrum eröffnet wird zusammen mit der Schule und wie sich die Schule entwickelt. Derzeit ist noch eine Auslagerung notwendig.

#### **6.3.2 Berufsschulpreis 2012 1949/2012**

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, möchte wissen, warum die Schule den zweiten Preis gewonnen hat.

Frau Heuer verweist in diesem Zusammenhang auf die Homepage der Schule im Internet, wo konkrete Unterrichtsprojekte aufgeführt werden, wie beispielsweise ein Schulhund, Rollenverständnis junger Männer und Selbstsicherheitstraining.

Frau Kessing, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, erinnert an den wiederholt geäußerten Wunsch des Ausschusses, eine Sitzung in einem Berufskolleg stattfinden zu lassen und schlägt vor, eine der nächsten Sitzungen in dieser Schule stattfinden zu lassen, die bei dieser Gelegenheit auch über ihre ausgezeichneten Unterrichtsprojekte berichten könnte.

Frau Heuer wendet ein, dass man den Wunsch des Ausschusses nach einem gemeinsamen Außentermin in einem Berufskolleg nicht vergessen habe, dass die erforderliche Veranstaltungstechnik aber nicht unerheblichen Aufwand und Kosten verursache, für die derzeit keine Deckungsmöglichkeit bestehe, wenn die Schule diese Seite nicht mit eigenen Kräften und aus eigenen Mitteln leisten könne. Es wird aber auch überlegt Fachtagungen zum Thema Berufskollegs zu veranstalten, sobald entsprechende Budgets vorhanden sind.

#### **6.3.3 Durchführungskonzept und Zeitplanung der Elternbefragung 2012 zur Schulwahl 2143/2012**

Die Mitteilung wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Sie wird zur Kenntnis genommen.

#### **6.3.4 Umzug der Gesamtschule Nippes in die Paul-Humburg-Straße 2213/2012**

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Herr Dr. Heinen, SPD-Fraktion, fragt nach, warum der Umzug nicht schuljahresscharf durchgeführt wird.

Frau Heuer erklärt, dass der Schule und den Eltern zugesagt wurde, so bald wie möglich umzuziehen, weil die Einhaltung des Zeitplanes eine sehr hohe Priorität hat. Ende Juni wird es noch einen Elterninformationsabend dazu geben.

Auch Frau Kessing, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, hat in der Schule eine gewisse Unruhe wahrgenommen und hält den Informationsabend für wichtig und den Umzug für notwendig, damit man irgendwann auch in die Ossietzkystraße und in die Brehmstraße ziehen kann und dort auch der Abriss erfolgen kann. Sie möchte wissen, ob dieser Zeitplan bereits gefährdet ist und wie dort die aktuelle Situation aussieht.

Frau Heuer sagt einen schriftlichen aktualisierten Umzugsplan zu.

#### **6.3.5 Kölner Bündnis für eine gewaltfreie Erziehung - Informations- und Diskussionsveranstaltungen in Kooperation mit dem Studio DuMont 2122/2012**

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Sie wird zur Kenntnis genommen.

#### **6.3.6 Schulabgängerbefragung 2012-Kurzfassung und Gesamtauswertung 2200/2012**

Die Vorlage wurde vorab zur Verfügung gestellt.

Sie wird zur Kenntnis genommen.

#### **6.3.7 Kooperation mit dem Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz (MKULNV) Jugendprojekt zur Wertschätzung von Lebensmitteln 'Schad dröm' 2183/2012**

Die Vorlage wurde als Tischvorlage zur Verfügung gestellt.

Sie wird zur Kenntnis genommen.

#### **6.4 Sachstandsbericht über den Fortschritt der Schulbaumaßnahmen - Sanierung und Neubau 2217/2012**

Die Mitteilung wurde als Tischvorlage zur Verfügung gestellt.

Frau Fuhrmann, sachkundige Einwohnerin, kritisiert, dass der Sachstandsbericht immer nur als Tischvorlage vorgelegt wird und bittet für die Zukunft um eine frühere Vorlage. 50% der darin aufgeführten Maßnahmen haben die Bemerkung „geplant/voraussichtliche Bauausführung 2012“. Sie bittet um genauere Informationen zur konkreten Planung. Insbesondere möchte sie einen aktuellen Sachstand zum Köln-Kolleg am Judenkirchhofsweg bekommen. Außerdem bittet sie um Aktualisierungen zu Verschiebungen.

Herr Kaven verweist in diesem Zusammenhang erneut auf die in der Testphase mit den Mitgliedern des Betriebsausschusses befindliche Datenplattform „Projektdatenblatt“, welche nach Wunsch der Gebäudewirtschaft demnächst die Papierlisten für die Ausschüsse zum Selbstabruf im Internet ablösen soll und die geforderte Transparenz schaffen soll. Konkret wird eine Planung erst, wenn die Planungsphase wirklich begonnen hat. Dann gibt es für die einzelne Baumaßnahme einen Bauzeitenplan.

Herr Moreyko, Leiter der Bauherrenvertretung, sagt eine schriftliche Beantwortung zum Sachstand im Judenkirchhofsweg zu.

## 7 Anfragen

**Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**, hat gehört, dass das Elisabeth-von-Thüringen-Gymnasium zum „inkluisiven Gymnasium in Köln“ ernannt wurde und fragt, ob das stimmt und wie so etwas abläuft: gibt es einen Schulkonferenzbeschluss?

**Frau Hölzing, sachkundige Einwohnerin**, erinnert an konkrete Anmeldezahlen aus den einzelnen Schulbereichen, die bisher leider nicht vorgelegt wurden.

## 8 Verschiedenes

gez. Manderla,

gez. Gebauer,

---

Manderla

Gebauer

Vorsitzende von 17.00 bis 18.40 Uhr  
20.00 Uhr

Vorsitzende von 18.40 bis

gez. Bernecker

---

Bernecker

Schriftführer

Anlage 1: Umzüge im Rahmen des Neubaus der Gesamtschule Nippes